

Verordnung über die elektronische öffentliche Beurkundung (VeöB)

Entwurf

(Fassung vom 20. September 2010)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 55a Absatz 4 des Schlusstitels des Zivilgesetzbuches¹ (ZGB)
und Artikel 8 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 19. Dezember 2003 über die elektronische Signatur² (ZertES)

verordnet:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand und Zweck

¹ Diese Verordnung regelt die technischen Anforderungen an elektronische öffentliche Urkunden und an elektronische öffentliche Beglaubigungen sowie das Verfahren zu deren Erstellung im Privatrecht.

² Sie soll sicherstellen, dass elektronische öffentliche Urkunden mindestens gleich sicher sind wie öffentliche Urkunden auf Papier und zwischen unterschiedlichen Informatiksystemen ausgetauscht werden können.

Art. 2 Öffentliche Urkunde

Eine öffentliche Urkunde ist die Aufzeichnung rechtserheblicher Tatsachen oder rechtsgeschäftlicher Erklärungen in einem Dokument durch eine dazu örtlich und sachlich zuständige Person in einer vorgeschriebenen Form und in einem vorgeschriebenen Verfahren.

Art. 3 Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden

¹ Zur Erstellung einer elektronischen öffentlichen Urkunde wird die Urkunde von der Urkundsperson in einem anerkannten elektronischen Format gespeichert und zusammen mit dem Nachweis der Berechtigung zur Beurkundung und einem anerkannten Zeitstempel mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach ZertES und dieser Verordnung signiert.

² Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement bezeichnet die anerkannten elektronischen Formate.

SR

¹ SR 210

² SR 943.03

³ Der Nachweis der Berechtigung zur Beurkundung kann erbracht werden durch:

- a. ein im Zertifikat enthaltenes, geprüftes und zum Zeitpunkt der Signatur gültiges Berufsattribut für Urkundspersonen nach Artikel 11 (Berufszertifikat); oder
- b. ein separates, für die jeweilige Beurkundung aus dem Register der Urkundspersonen abgerufenes Zulassungszertifikat, welches bestätigt, dass der Inhaber oder die Inhaberin die Berechtigung zur Beurkundung besitzt. Das Zertifikat muss die in Artikel 11 Absatz 3 aufgeführten Angaben enthalten.

⁴ Die Kantone bestimmen, nach welchem Verfahren der Nachweis der Berechtigung erbracht wird.

Art. 4 Gleichwertigkeit

¹ Nach dieser Verordnung erstellte elektronische öffentliche Urkunden sind den öffentlichen Urkunden auf Papier gleichgestellt.

² Sie können im Verkehr mit allen Behörden verwendet werden, die den elektronischen Geschäftsverkehr eingeführt haben.

Art. 5 Internationale Kompatibilität

Ist eine elektronische öffentliche Urkunde oder Beglaubigung für die Verwendung im Ausland bestimmt, kann sie in Abweichung von den Vorschriften dieser Verordnung nach den dort gültigen Anforderungen erstellt werden, sofern diese eine vergleichbare Sicherheit bieten.

2. Abschnitt: Schweizerisches Register der Urkundspersonen

Art. 6 Bereitstellung des Registers

¹ Das Bundesamt für Justiz überträgt einer Organisation ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung die Bereitstellung und den Betrieb eines Systems zur Führung eines schweizerischen Registers der Urkundspersonen (Register).

² Das Register finanziert sich durch kostendeckende Gebühren selber.

Art. 7 Führung des Registers durch die Kantone

¹ Die Kantone tragen alle oder mindestens diejenigen bei ihnen zugelassenen Urkundspersonen in das Register ein, welche die elektronische Beurkundung anbieten wollen.

² Sie führen jede Änderung der von ihnen im Register geführten Angaben unverzüglich nach.

Art. 8 Eintragungen durch die Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten

¹ Die Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten tragen jedes für die Beurkundung ausgegebene Berufszertifikat unverzüglich im Register bei der entsprechenden Urkundsperson ein.

² Sie tragen jede Ungültigerklärung eines von ihnen ausgegebenen Berufszertifikats ebenfalls unverzüglich im Register ein.

Art. 9 Inhalt des Registers

¹ Die erfassten Urkundspersonen werden im Register mit den folgenden Daten eingetragen:

- a. Name und Vornamen in amtlicher Schreibweise, Geburtsdatum, Geburts- bzw. Heimatort und Nationalität;
- b. die Büro- oder Amtsadresse der Urkundsperson;
- c. die Berufs- bzw. Funktionsbezeichnung nach kantonalem Recht sowie die Abkürzung des zulassenden Kantons;
- d. die Unternehmens-Identifikationsnummer (UID) und gegebenenfalls die im Kanton verwendete Nummer der Urkundsperson;
- e. das Datum der Zulassung;
- f. gegebenenfalls das Datum des Wegfalls der Berechtigung;
- g. die Berufszertifikate, die zur Beurkundung verwendet werden oder wurden;
- h. das Datum eines allfälligen Widerrufs eines Berufszertifikats.

² Für jede erneute Zulassung einer schon einmal zugelassenen Urkundsperson und für jedes neue Berufszertifikat wird im Register ein neuer Eintrag erstellt.

³ Die Kantone können gestützt auf andere gesetzliche Grundlagen weitere Daten der Urkundspersonen im Register führen.

Art. 10 Wirkung des Registers

¹ Die anerkannten Anbieterinnen von Zertifizierungsdiensten dürfen sich bei der Ausstellung von Zertifikaten an Urkundspersonen auf die Angaben im Register verlassen.

² Das Register meldet der zuständigen Anbieterin von Zertifizierungsdiensten unverzüglich den Wegfall der Berechtigung einer Urkundsperson, die ein Berufszertifikat besitzt.

³ Die Angaben nach Artikel 9 Absatz 1 sind öffentlich.

3. Abschnitt: Berufszertifikat für Urkundspersonen

Art. 11 Erteilung und Inhalt des Berufszertifikats

¹ Die anerkannte Anbieterin, die ein Berufszertifikat für Urkundspersonen ausstellt, prüft im Register die Zulassung.

² Das Berufszertifikat für Urkundspersonen ist ein qualifiziertes Zertifikat nach ZertES, das die Zulassung als Urkundsperson als überprüftes Attribut (Berufsattribut) nach Artikel 7 Absatz 2 ZertES enthält.

³ Es umfasst folgende Angaben:

- a. die Berufs- bzw. Funktionsbezeichnung nach kantonalem Recht;
- b. die Abkürzung des Kantons, in dem die Urkundsperson zugelassen ist;
- c. einen Verweis auf den Eintrag im Register;
- d. die Bezeichnung „Civil Law Notary, Switzerland“.

Art. 12 Ungültigerklärung von Berufszertifikaten

Zusätzlich zu den Fällen von Artikel 10 Absatz 1 ZertES erklärt die Anbieterin von Zertifizierungsdiensten das von ihr ausgestellte Berufszertifikat unverzüglich für ungültig, wenn sie nach Artikel 10 Absatz 2 von einem Wegfall der Berechtigung als Urkundsperson Kenntnis erhält.

Art. 13 Sorgfaltspflicht der Urkundspersonen

¹ Die Urkundsperson trifft alle nötigen und geeigneten Vorkehrungen, damit ihr Berufszertifikat von keiner andern Person benutzt werden kann, namentlich nicht von ihren Hilfspersonen.

² Die Urkundsperson verwendet zur elektronischen Signierung stets einen Kartenleser, der gewährleistet, dass die PIN-Eingabe nicht mitgelesen werden kann.

³ Gibt es Grund zur Annahme, dass das Berufszertifikat verloren gegangen oder in die Hände von Drittpersonen gelangt ist, so beantragt die Urkundsperson, unabhängig von der konkreten Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung, unverzüglich bei der Anbieterin von Zertifizierungsdiensten die Ungültigerklärung.

4. Abschnitt: Verfahren für Ausfertigungen und Beglaubigungen

Art. 14 Elektronische Ausfertigung einer Urschrift

¹ Die Papier-Urschrift wird zusammen mit allfälligen Beilagen ganz oder teilweise eingelesen und in einem anerkannten elektronischen Format gespeichert.

² Die Urkundsperson fügt dem elektronischen Dokument die Bestätigung bei, dass es mit der Urschrift, bzw. den entsprechenden Teilen derselben, übereinstimmt und erstellt daraus eine elektronische öffentliche Urkunde nach Artikel 3 Absatz 1.

³ Das Verbal auf der Ausfertigung kann weitere Angaben wie beispielsweise einen Adressaten und eine Laufnummer der Ausfertigung enthalten.

Art. 15 Beglaubigte elektronische Kopie eines Papierdokuments

¹ Das Papierdokument wird ganz oder teilweise eingelesen und in einem anerkannten elektronischen Format gespeichert.

² Die Urkundsperson fügt dem elektronischen Dokument die Bestätigung bei, dass es mit dem vorgelegten Papierdokument, bzw. dem entsprechenden Teil desselben, übereinstimmt und erstellt daraus im Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 die beglaubigte elektronische Kopie.

Art. 16 Beglaubigter Papierausdruck eines elektronischen Dokuments

¹ Das in einem anerkannten elektronischen Format vorliegende Dokument wird vollumfänglich auf Papier ausgedruckt.

² Die Urkundsperson fügt dem Papierausdruck die Bestätigung bei, dass der Ausdruck den Inhalt des vorgelegten elektronischen Dokuments korrekt wiedergibt, datiert und signiert ihn nach kantonalem Recht.

³ Ist das zu beglaubigende Dokument digital signiert, so überprüft die Urkundsperson die Signatur und dokumentiert das Ergebnis der Signaturprüfung hinsichtlich:

- a. Integrität des Dokuments;
- b. Identität der unterzeichnenden Person;
- c. Gültigkeit und Qualität der Signatur einschliesslich allfälliger rechtlich bedeutender Attribute;
- d. Zeitpunkt der Signatur und Angabe, ob es sich dabei um einen anerkannten Zeitstempel handelt.

⁴ Die Urkundsperson kann auch Papierausdrucke von elektronischen Dokumenten in nicht anerkannten Formaten beglaubigen. In diesem Fall bestätigt sie ausschliesslich das, was sie nach eigener Einschätzung zuverlässig wahrnehmen kann.

Art. 17 Elektronische Beglaubigung einer eigenhändigen Unterschrift auf einem Papierdokument

¹ Das Papierdokument wird einschliesslich der Unterschrift ganz oder teilweise eingelesen und in einem anerkannten elektronischen Format gespeichert.

² Die Urkundsperson fügt dem elektronischen Dokument die Bestätigung bei, dass die Unterschrift auf dem Papierdokument vom Unterzeichner in Anwesenheit der Urkundsperson eigenhändig geschrieben bzw. vom Unterzeichner als eigene Unterschrift anerkannt wurde und erstellt daraus im Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 die elektronische Beglaubigung der Unterschrift.

Art. 18 Elektronische Beglaubigung einer elektronischen Unterschrift

Die Urkundsperson fügt dem elektronischen Dokument die Bestätigung bei, dass die elektronische Signatur vom Unterzeichner in Anwesenheit der Urkundsperson selber vorgenommen bzw. vom Unterzeichner als selber vorgenommene elektronische Signatur anerkannt wurde und erstellt daraus im Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 die elektronische Beglaubigung der elektronischen Unterschrift.

5. Abschnitt: Schlussbestimmungen**Art. 19** Änderung bisherigen Rechts

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt.

Art. 20 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Änderung bisherigen Rechts

Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV)

Art. 15 Grundsätze

Überschrift neu

Art. 15a Beglaubigungen durch das Handelsregisteramt

Das Handelsregisteramt ist befugt:

- a. Von Handelsregisterdokumenten in Papierform beglaubigte Kopien auf Papier zu erstellen.
- b. Von Handelsregisterdokumenten in Papierform beglaubigte elektronische Kopien zu erstellen. Artikel 15 VeöB findet entsprechend Anwendung. Diese elektronischen Kopien müssen mit einem qualifizierten Zertifikat gemäss Artikel 7 ZertES unterzeichnet sein. Sie beinhalten zudem den Hinweis, dass sie Kopien von Dokumenten in Papierform sind und als Handelsregisterdokumente gelten.
- c. Von Handelsregisterdokumenten in elektronischer Form beglaubigte Papierausdrucke zu erstellen. Artikel 16 VeöB findet entsprechend Anwendung. Diese Ausdrucke auf Papier beinhalten zudem den Hinweis, dass sie Kopien von elektronischen Dokumenten sind und als Handelsregisterdokumente gelten.
- d. Von Handelsregisterdokumenten in elektronischer Form elektronische Beglaubigungen zu erstellen. Diese elektronischen Kopien müssen mit einem qualifizierten Zertifikat gemäss Artikel 7 ZertES unterzeichnet sein.
- e. Von eigenhändigen Unterschriften auf Papierdokumenten elektronische Beglaubigungen zu erstellen. Diese elektronischen Beglaubigungen müssen mit einem qualifizierten Zertifikat gemäss Artikel 7 ZertES unterzeichnet sein. Sie beinhalten zudem den Hinweis, dass sie Kopien von Dokumenten in Papierform sind und als Handelsregisterdokumente gelten.

Art. 18 Abs. 4

⁴ Elektronische Anmeldungen müssen mit einem qualifizierten Zertifikat nach ZertES unterzeichnet sein. Die Anmeldungen dürfen auch in elektronischer Form eingereicht werden, indem die eigenhändigen Unterschriften auf den Anmeldungen elektronisch erfasst und elektronisch beglaubigt werden.

Art. 20 Abs. 1, 1bis und 2

¹ Die Belege sind im Original oder in beglaubigter Kopie auf Papier oder in elektronischer Form einzureichen.

^{1bis} Elektronische öffentliche Urkunden, beglaubigte elektronische Ausfertigungen oder Kopien von öffentlichen Urkunden, beglaubigte elektronische Kopien von

Papierdokumenten oder beglaubigte Papierausdrucke von elektronischen Dokumenten müssen die Anforderungen der VeöB erfüllen.

² Die Belege müssen rechtskonform unterzeichnet sein. Belege in elektronischer Form müssen mit einem qualifizierten Zertifikat gemäss Artikel 7 ZertES unterzeichnet sein.

Art. 21 Abs. 1 und 4

¹ Wird eine zeichnungsberechtigte Person zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet, so muss sie ihre Unterschrift beim Handelsregisteramt zeichnen, oder ihre originale Unterschrift muss dem Handelsregisteramt in beglaubigter Form eingereicht werden. Die Beglaubigung der Unterschrift darf auch in elektronischer Form eingereicht werden, wenn die eigenhändige Unterschrift elektronisch erfasst wurde (Art. 17 VeöB).

⁴ Eine eigenhändige Unterschrift muss nicht beim Handelsregister hinterlegt werden, wenn die Person, die über ein qualifiziertes Zertifikat nach ZertES verfügt, nur die Anmeldung oder die Belege mit diesem qualifizierten Zertifikat unterzeichnet hat und gleichzeitig nicht über eine im Handelsregister eingetragene rechtsgeschäftliche Zeichnungsberechtigung verfügt.

Art. 25 Abs. 1 und 1bis

¹ Im Ausland errichtete öffentliche Urkunden und Beglaubigungen müssen unabhängig davon, ob sie in Papierform oder elektronisch eingereicht werden, mit einer Bescheinigung der am Errichtungsort zuständigen Behörde versehen sein, die bestätigt, dass sie von der zuständigen Urkundsperson errichtet worden sind. Unter Vorbehalt abweichender Bestimmungen von Staatsverträgen ist zudem eine Beglaubigung der ausländischen Regierung und der zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Schweiz beizufügen. Die erforderlichen ausländischen Bestätigungen und Beglaubigungen können auch elektronisch eingereicht werden, wenn das ausländische Recht dies vorsieht.

^{1bis} Ausländische elektronische öffentliche Urkunden, ausländische elektronische Ausfertigungen und Kopien von Papierdokumenten oder ausländische elektronische Beglaubigungen von Unterschriften müssen zudem mit einem qualifizierten Zertifikat unterzeichnet sein, das von einer nach ausländischem Recht anerkannten Anbieterin von Zertifizierungsdiensten ausgestellt wurde und den Anforderungen von Artikel 3 Absatz 2 ZertES genügt.

Art. 166 Abs. 6 und 7

⁶ Elektronisch eingereichte Anmeldungen und Belege müssen elektronisch aufbewahrt werden. Dasselbe gilt für die mit Eintragungen zusammenhängende elektronische Korrespondenz.

⁷ Handelsregisterdokumente in Papierform können vom Handelsregisteramt elektronisch eingelesen, beglaubigt (Art. 15 VeöB) und aufbewahrt werden. In diesem Fall können die Papierdokumente vernichtet werden.

Art. 168

Von Akten in elektronischer Form dürfen entweder beglaubigte elektronische Kopien oder beglaubigte Papierausdrucke herausgegeben werden.

....

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Doris Leuthard

Die Bundeskanzlerin: Corina Casanova

Ordonnance sur l'acte authentique électronique (OAAE)

Projet

(Version du 20 septembre 2010)

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'article 55a, alinéa 4, du titre final du code civil suisse (CC)¹ et l'article 8, alinéa 2, de la loi fédérale du 19 décembre 2003 sur la signature électronique (SCSE)²
arrête:

Section 1: Dispositions générales

Art. 1 Objet et but

¹ La présente ordonnance règle les exigences techniques relatives à l'acte authentique et à la légalisation électroniques, ainsi que la procédure de leur instrumentation en droit privé.

² Elle vise à garantir que les actes authentiques électroniques offrent au moins autant de sécurité que les actes authentiques sur papier, et à permettre leur échange entre les différents systèmes informatiques.

Art. 2 Acte authentique

Un acte authentique est un document dans lequel un officier public autorisé à le dresser et compétent à raison du lieu et de la matière consigne des faits ayant une portée juridique ou des déclarations constitutives d'actes juridiques dans une forme et selon une procédure prédéfinies.

Art. 3 Instrumentation d'un acte authentique électronique

¹ Pour instrumenter un acte authentique électronique, l'officier public enregistre l'acte dans un format électronique reconnu et, en l'accompagnant d'une attestation de sa légitimation à instrumenter des actes authentiques ainsi que d'un timbre horodateur reconnu, le signe au moyen d'une signature électronique qualifiée au sens de la SCSE et de la présente ordonnance.

² Le Département fédéral de justice et police détermine les formats électroniques reconnus.

SR

¹ SR 210

² SR 943.03

³ L'attestation de la légitimation à instrumenter un acte authentique peut être rapportée par:

- a. La qualité professionnelle vérifiée d'officier public incluse dans le certificat conformément à l'article 11 (certificat professionnel), valide au moment de la signature; ou
- b. Un certificat d'homologation séparé obtenu pour chaque acte authentique auprès du registre des officiers publics qui atteste que son détenteur est légitimé à dresser un acte authentique. Ce certificat doit contenir les données prévues à l'article 11, alinéa 3.

⁴ Il appartient aux cantons de choisir laquelle de ces deux procédures permet d'attester que leurs officiers publics sont légitimés à instrumenter un acte authentique.

Art. 4 Equivalence

¹ Les actes authentiques instrumentés conformément à la présente ordonnance sont équivalents aux actes authentiques instrumentés sur un support papier.

² Ils peuvent être utilisés dans les opérations avec toutes les autorités qui ont introduit la possibilité de procéder à des opérations électroniques.

Art. 5 Compatibilité internationale

Si un acte authentique ou une légalisation électronique est destiné à une utilisation à l'étranger, il peut être dressé en dérogation aux dispositions de la présente ordonnance et en conformité avec les exigences en vigueur dans ce pays, pour autant que ces dernières offrent une sécurité comparable.

Section 2: Registre suisse des officiers publics habilités à dresser des actes authentiques

Art. 6 Mise à disposition du registre

¹ L'Office fédéral de la justice confie à un organisme externe à l'administration fédérale centrale la mise à disposition et l'exploitation d'un système pour la tenue d'un registre suisse des officiers publics habilités à dresser des actes authentiques (registre).

² Ce registre est autofinancé par des émoluments couvrant la totalité de ses coûts.

Art. 7 Tenue du registre par les cantons

¹ Les cantons inscrivent dans ce registre tous les officiers publics admis à exercer cette charge chez eux, ou au moins ceux qui souhaitent proposer un acte authentique électronique.

² Ils mettent à jour immédiatement les données qu'ils tiennent dans ce registre en cas de changements.

Art. 8 Inscriptions par des fournisseurs de services de certification

¹ Les fournisseurs de services de certification inscrivent immédiatement dans ce registre chaque certificat professionnel délivré pour instrumenter un acte authentique.

² Ils inscrivent également immédiatement dans ce registre tout retrait de certificat professionnel délivré par eux.

Art. 9 Contenu du registre

¹ Les officiers publics sont inscrits dans le registre avec les données suivantes:

- a. le nom, les prénoms tels qu'ils résultent des documents officiels, la date de naissance, le lieu de naissance ou d'origine et la nationalité;
- b. l'adresse de l'étude ou ministérielle de l'officier public;
- c. la désignation professionnelle ou ministérielle prévue par le droit cantonal, ainsi que l'abréviation du canton ayant délivré l'autorisation d'exercer cette charge;
- d. le numéro d'identification des entreprises (IDE) et, le cas échéant, le numéro cantonal de l'officier public;
- e. la date d'octroi de l'autorisation d'exercer cette charge;
- f. le cas échéant la date d'échéance de cette autorisation;
- g. les certificats professionnels qui ont été ou sont utilisés pour instrumenter un acte authentique;
- h. la date d'un éventuel retrait d'un certificat professionnel.

² Une nouvelle inscription dans ce registre a lieu pour tout renouvellement d'une autorisation d'exercer la charge d'officier public ainsi que pour toute nouvelle délivrance d'un certificat professionnel.

³ Sur la base d'autres dispositions légales, les cantons peuvent tenir dans ce registre des données supplémentaires relatives aux officiers publics.

Art. 10 Effets du registre

¹ Les fournisseurs de services de certification peuvent se fier aux données du registre lorsqu'ils délivrent un certificat à un officier public.

² Le registre avise immédiatement le fournisseur de services de certification compétent de l'échéance de l'autorisation d'exercer la charge d'officier public au bénéfice d'un certificat professionnel.

³ Les données prévues à l'article 9, alinéa 1, sont publiques.

Section 3: Certificat professionnel destiné aux officiers publics

Art. 11 Délivrance et contenu du certificat professionnel

¹ Le fournisseur reconnu qui délivre un certificat professionnel destiné à un officier public vérifie que ce dernier dispose d'une autorisation d'exercer cette charge.

² Le certificat professionnel destiné aux officiers publics constitue un certificat qualifié au sens de la SCSE incluant l'autorisation d'instrumenter des actes authentiques en tant que qualité vérifiée (qualité professionnelle) au sens de l'article 7, alinéa 2, SCSE.

³ Il comprend les indications suivantes:

- a. la désignation professionnelle ou ministérielle prévue par le droit cantonal;
- b. l'abréviation du canton dans lequel l'officier public est autorisé à exercer cette charge;
- c. une référence à l'inscription au registre;
- d. la désignation „Civil Law Notary, Switzerland“.

Art. 12 Annulation des certificats professionnels

Outre dans les cas prévus à l'article 10, alinéa 1, SCSE, le fournisseur de services de certification annule immédiatement le certificat professionnel qu'il a délivré à l'officier public dès qu'il a connaissance de la caducité de l'autorisation de ce dernier d'exercer cette charge en application de l'article 10, alinéa 2.

Art. 13 Devoir de diligence des officiers publics

¹ L'officier public prend toutes les mesures nécessaires et appropriées pour éviter que son certificat professionnel puisse être utilisé par une autre personne, notamment par ses auxiliaires.

² Lorsqu'il signe électroniquement, l'officier public utilise toujours un lecteur de cartes garantissant que l'introduction du code NIP ne puisse être lue par un tiers.

³ Lorsqu'il existe une raison d'admettre que le certificat professionnel a été perdu ou qu'il est parvenu entre les mains d'un tiers, l'officier public demande immédiatement son annulation auprès du fournisseur de services de certification, indépendamment du danger concret d'une utilisation abusive.

Section 4: Procédure en matière d'expéditions et de légalisations

Art. 14 Expédition électronique d'une minute

¹ La minute sur papier est numérisée partiellement ou en totalité avec ses annexes éventuelles et enregistrée dans un format électronique reconnu.

² L'officier public joint au document électronique l'attestation que celui-ci est conforme à la minute ou à l'extrait correspondant, et en dresse un acte authentique électronique conformément à l'article 3, alinéa 1.

³ Le certificat d'expédition peut contenir d'autre données, telles qu'un destinataire ou le numéro d'ordre continu de l'expédition.

Art. 15 Vidimation d'une copie électronique d'un document sur papier

¹ Le document sur papier est numérisé partiellement ou en totalité et est enregistré dans un format électronique reconnu.

² L'officier public joint au document électronique l'attestation que le document sur papier ou les extraits correspondants sont conformes au document sur papier produit, et en dresse une copie conforme en application de la procédure prévue à l'article 3, alinéa 1.

Art. 16 Vidimation d'un tirage imprimé d'un document électronique

¹ Le document présenté sous un format électronique reconnu est imprimé dans son intégralité.

² L'officier public joint au tirage imprimé l'attestation que celui-ci reproduit fidèlement le contenu du document électronique produit, le date et y appose sa signature conformément au droit cantonal.

³ Si le document à certifier est signé électroniquement, l'officier public vérifie la signature et verbalise le résultat de la vérification de la signature s'agissant de:

- a. l'intégrité du document;
- b. l'identité du signataire;
- c. la validité et la qualité de la signature, y compris le cas échéant celle d'attributs ayant une portée juridique;
- d. du moment de la signature en indiquant le cas échéant si cette indication provient d'un timbre horodateur reconnu.

⁴ L'officier public peut également vidimer des tirages imprimés sur papier de documents électroniques présentés dans un format non reconnu. Dans ce cas, il atteste exclusivement ce qu'il est en mesure d'admettre, selon sa propre appréciation, comme étant fiable.

Art. 17 Légalisation électronique d'une signature manuscrite sur un document sur papier

¹ Le document sur papier est numérisé partiellement ou en totalité et est enregistré dans un format électronique reconnu.

² L'officier public joint au document électronique l'attestation que la signature sur le document sur papier a été apposée en sa présence de la propre main du signataire, ou que ce dernier a reconnu la signature comme étant la sienne, et en dresse la légalisation électronique en application de la procédure prévue à l'article 3, alinéa 1.

Art. 18 Légalisation électronique d'une signature électronique

L'officier public joint au document électronique l'attestation que la signature électronique a été apposée en sa présence par le signataire, ou que ce dernier a reconnu la signature comme étant la sienne, et en dresse la légalisation électronique en application de la procédure prévue à l'article 3, alinéa 1.

Section 5: Entrée en vigueur

Art. 19 Modification du droit en vigueur

La modification du droit en vigueur est réglée en annexe.

Art. 20 Entrée en vigueur

La présente ordonnance entre en vigueur le 1^{er} janvier 2012.

Modification du droit en vigueur**Ordonnance du 17 octobre 2007 sur le registre du commerce (ORC)****Art. 15** Principes*Nouveau titre***Art. 15a** Légalisations par l'office du registre du commerce

L'office du registre du commerce est habilité:

- a. A établir à partir de documents papier du registre du commerce des copies légalisées sur support papier.
- b. A établir à partir de documents papier du registre du commerce des copies électroniques légalisées. L'article 15 OAAE est applicable de façon correspondante. Ces copies électroniques doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de l'art. 7 SCSE. Elles contiennent en outre l'indication qu'elles constituent des copies de documents papier et qu'elles valent comme documents du registre du commerce.
- c. A fournir à partir de documents électroniques du registre du commerce des impressions légalisées sur support papier. L'article 16 OAAE est applicable de façon correspondante. Elles contiennent en outre l'indication qu'elles constituent des copies de documents électroniques et qu'elles valent comme documents du registre du commerce.
- d. A établir à partir de documents électroniques du registre du commerce des copies électroniques légalisées. Ces copies électroniques doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de l'art. 7 SCSE.
- e. A établir à partir de signatures olographes des légalisations électroniques sur des documents papier. Ces copies électroniques doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de l'art. 7 SCSE. Elles contiennent en outre l'indication qu'elles constituent des copies de documents papier et qu'elles valent comme documents du registre du commerce.

Art. 18, al. 4

⁴ Les réquisitions électroniques doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de la SCSE. Les réquisitions peuvent également être adressées électroniquement, dans la mesure où les signatures olographes soient électroniquement saisies et électroniquement légalisées.

Art. 20, al. 1, 1bis et 2

¹ Les pièces justificatives doivent être produites dans leur forme originale, sous forme de copie légalisée sur support papier ou sous forme électronique.

^{1bis} Les actes authentiques électroniques, les expéditions électroniques légalisées ou les copies d'actes authentiques électroniques légalisées, les copies électroniques légalisées tirées de documents papier ou les impressions légalisées tirées de documents électroniques doivent remplir les exigences de l'OAAE.

² Les pièces justificatives doivent être signées conformément aux dispositions légales. Les pièces justificatives sous forme électronique doivent être munies d'un certificat qualifié au sens de la SCSE.

Art. 21, al. 1 et 4

¹ Lorsque l'inscription au registre du commerce d'une personne habilitée à représenter l'entité juridique concernée est requise, cette personne doit signer auprès de l'office du registre du commerce ou produire sa signature originale légalisée. La légalisation de la signature peut également être adressée par voie électronique, lorsque la signature olographe a été saisie par voie électronique (art. 17 OAAE).

⁴ Il n'est pas nécessaire de produire cette signature auprès de l'office du registre du commerce, lorsque la personne qui dispose d'un certificat qualifié selon la SCSE a signé la réquisition ou les pièces justificatives avec ce certificat qualifié et qu'en même temps elle ne dispose pas d'un pouvoir de représentation inscrit au registre du commerce.

Art. 25, al. 1 et 1bis

¹ Les actes authentiques et les légalisations établis à l'étranger doivent, indépendamment du fait qu'ils ont été dressés sur un support papier ou sous la forme électronique, être accompagnés d'une attestation de l'autorité compétente du lieu où ils ont été dressés, certifiant qu'ils l'ont été par un officier public compétent. Sous réserve de dispositions contraires de traités internationaux, une légalisation du gouvernement étranger et de la représentation diplomatique ou consulaire suisse compétente doit y être jointe. Les attestations et légalisations étrangères peuvent également être produites sous la forme électronique, lorsque le droit étranger le prévoit.

^{1bis} Les actes authentiques électroniques étrangers, les expéditions électroniques étrangères et les copies électroniques étrangères de documents papier ou encore les légalisations électroniques de signatures établies à l'étranger doivent être munis d'un certificat qualifié établi par un fournisseur étranger de services de certification reconnu et doivent en outre remplir les exigences prévues par l'article 3, alinéa 2, SCSE.

Art. 166, al. 6 et 7

⁶ Les réquisitions et les pièces justificatives produites par voie électronique doivent être conservées électroniquement. Il en va de même de la correspondance électronique liée aux inscriptions.

⁷ Les documents papier du registre du commerce peuvent être électroniquement scannés, légalisés et conservés par l'office du registre du commerce. Dans ce cas, les documents papier peuvent être détruits.

Art. 168

Seules des copies électroniques légalisées ou des impressions papier légalisées à partir de documents électroniques peuvent être produites.

....

Au nom du Conseil fédéral suisse

La Présidente de la Confédération: Doris Leuthard

La Chancelière de la Confédération: Corina Casanova